

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 18. Mai 1962

Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Steueraufkommen und Bundeshaushalt

Der im April vom Bundestag verabschiedete Bundeshaushaltsplan für 1962, der nun auch die Zustimmung der Ländervertretung gefunden hat, schließt mit einer Gesamtsumme von 53,4 Mrd. DM ab. Die Haushaltsansätze für 1962 sind damit — läßt man die im Vorjahrsetat unter den durchlaufenden Mitteln geführte Entwicklungsanleihe außer acht — um 6,8 Mrd. DM, das sind fast 15 vH, erhöht worden. Allein 4,0 Mrd. DM an Mehrausgaben wurden für den Verteidigungshaushalt und für die zivile Verteidigung vorgesehen.

In den Beratungen vor der Haushaltsverabschiedung stand die unterschiedliche Entwicklung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern häufig zur Diskussion. Es steht außer Frage, daß dieses Problem immer stärker auf eine Lösung hindrängt. Die augenblickliche Regelung der Aufteilungsquote für die gesamten Steuereinnahmen hat zwar über längere Zeit einigermaßen funktioniert, entspricht jedoch seit 1960 immer weniger der unterschiedlichen finanziellen Beanspruchung der Gebietskörperschaften. Seit 1955 ist der Anteil des Bundes am gesamten Steueraufkommen von 56,3 auf 52,8 vH im vergangenen Jahr zurückgegangen. Umgekehrt ist der Anteil der Länder im gleichen Zeitabschnitt von 26,2 auf 31,2 vH — wesentlich stärker — gestiegen. Der Beitrag der Länder zum Bundeshaushalt — ein Novum — hat zwar den Ausgleich des Etats ermöglicht; im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist damit aber eine dauerhafte Lösung noch nicht gefunden worden. Bei der unterschiedlichen Reagibilität der einzelnen Steuern — und damit auch des den einzelnen öffentlichen Haushalten zustehenden „Steuerbuketts“ — auf die konjunkturelle Entwicklung einerseits und bei dem langfristig kaum vorhersehbaren Wandel der einmal in diese und einmal in jene Kompetenz fallenden Ausgabenschwerpunkte andererseits, ist eine „endgültige“ Verteilung der öffentlichen Einnahmen auch schwer vorstellbar. Vielleicht stellen sich gerade die bisher gebräuchlichen, aber als „nicht sicher

genug“ empfundenen flexiblen Formen (Veränderungen der Anteilsquoten an den Einkommensteuern, Finanzzuweisungen, wie der neue Länderbeitrag, und Finanzausschüsse zu speziellen Projekten, wie 1961 bei der Entwicklungshilfe) als die wirksamste Art der Anpassung an wechselnde Einnahmenknappheiten bei Bund oder Ländern dar.

Die Entwicklung der dem Bundeshaushalt zugrunde gelegten ordentlichen Einnahmen ist in den vergangenen Jahren meist unterschätzt worden, so daß die vorgesehenen Anleihebewilligungen in der Regel nicht genutzt zu werden brauchten, sondern darüber hinaus sogar Überschüsse erzielt oder außerplanmäßige Schuldtilgungen vorgenommen werden konnten. Das kräftige Wachstum der Bundesausgaben fällt jedoch in diesem Jahr in einen Abschnitt deutlicher konjunktureller Abschwächung. Nach einer längeren Überschubperiode wird daher die Abwicklung des Haushalts 1962 nicht mehr allein mit ordentlichen Einnahmen vor sich gehen können.

Die Ausgangsbasis für den laufenden Bundeshaushalt ist — gemessen an der Steuerentwicklung — nicht mehr so günstig. Bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres schwächte sich die zunächst außerordentlich starke Zunahme der Steuereingänge merklich ab. Immerhin kamen 1961 78,5 Mrd. DM — 14,7 vH mehr als im Vorjahr — an Steuern auf. Von den Mehreingängen erhielt der Bund 5,1 Mrd. DM, die Länder 4,1 Mrd. DM und die Gemeinden 0,8 Mrd. DM.

Steuervorausschätzung für 1962

Bei der Schätzung des Steueraufkommens zum augenblicklichen Zeitpunkt wurde davon ausgegangen, daß das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr nominal um 7 vH — gegenüber noch 10 vH im Vorjahr — zunehmen wird. Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder sind im ersten Quartal 1962 — weiter abgeschwächt — um rd. 12 vH angestiegen. Es ist jedoch damit zu rechnen,

Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik 1)

1960 — 1962

	Steueraufkommen in Mill. DM			Zuwachs gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					
				in Mill. DM			in vH		
	1960	1961	1962	1960 ²⁾	1961	1962	1960 ²⁾	1961	1962
Lohnsteuer	8 102	10 453	12 300	2 115	2 351	1 847	36,1	29,0	17,7
Veranlagte Einkommensteuer	8 963	10 817	12 300	1 564	1 854	1 483	21,4	20,7	13,7
Kapitalertragsteuer	846	980	1 100	12	134	120	1,4	15,8	12,2
Körperschaftsteuer	6 510	7 473	7 900	1 314	963	427	25,7	14,8	5,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer, gesamt	24 421	29 723	33 600	5 005	5 302	3 877	26,2	21,7	13,0
Umsatzsteuer	14 829	16 422	17 500	1 469	1 593	1 078	11,2	10,7	6,6
Umsatzgleichsteuer ³⁾	1 254	1 384	1 525	194	130	141	19,2	10,4	10,2
Beförderungsteuer	769	804	830	62	35	26	8,8	4,6	3,2
Zölle ³⁾	2 630	2 990	3 300	364	360	310	16,1	13,7	10,4
Tabaksteuer	3 537	3 892	4 150	248	355	258	7,6	10,0	6,6
Kaffeesteuer	689	745	825	72	56	80	11,8	8,1	10,7
Branntweinmonopol	1 024	1 097	1 150	97	73	53	10,6	7,1	4,8
Mineralölsteuer ⁴⁾	2 664	3 325	3 650	496	661	325	23,1	24,8	9,8
Sonstige Bundessteuern ⁵⁾	429	438	445	- 93	9	7	-18,1	2,1	1,6
Bundessteuern, gesamt³⁾	27 855	31 097	33 375	2 909	3 272	2 278	11,8	11,8	7,3
Bundesanteil an E. St. und K. St.	8 548	10 403	11 760	1 752	1 855	1 357	26,2	21,7	13,0
Steuereinnahmen des Bundes, gesamt³⁾	36 373	41 500	45 135	4 661	5 127	3 635	14,9	14,1	8,8
Vermögensteuer	1 100	1 419	1 700	- 36	319	281	- 3,2	29,0	19,8
Erbschaftsteuer	201	243	300	78	42	57	64,5	20,9	23,5
Kraftfahrzeugsteuer	1 475	1 678	1 850	232	203	172	19,1	13,8	10,3
Biersteuer	700	763	820	36	63	57	5,5	9,0	7,5
Sonstige Ländersteuern ⁶⁾	1 047	1 109	1 220	85	62	111	9,0	5,9	10,0
Ländersteuern, gesamt	4 523	5 212	5 890	395	689	678	9,8	15,2	13,0
Länderanteil an E. St. und K. St.	15 873	19 320	21 840	3 253	3 447	2 520	26,2	21,7	13,0
Steuereinnahmen der Länder, gesamt	20 396	24 532	27 730	3 648	4 136	3 198	22,1	20,3	13,0
Grundsteuer	1 631	1 719	1 830	19	88	111	1,2	5,4	6,5
Gewerbesteuer	6 782	7 430	7 800	842	648	370	14,4	9,6	5,0
Lohnsummensteuer	653	717	770	50	64	53	8,3	9,8	7,4
Sonstige Gemeindesteuern ⁷⁾	572	605	650	28	33	45	5,2	5,8	7,4
Gemeindesteuern, gesamt	9 638	10 471	11 050	939	833	579	10,9	8,6	5,5
Sonderabgaben, gesamt⁸⁾	2 043	2 024	2 040	- 516	- 19	16	-20,2	- 0,9	0,8
Steuereinnahmen, insgesamt³⁾	68 450	78 527	85 955	8 732	10 077	7 428	14,8	14,7	9,5

1) Einschl. West-Berlins. — 2) Ohne Saarland. — 3) Ohne Bucheinahmen aus der Einfuhr von Rüstungsgütern. — 4) Einschl. Heizölsteuer. — 5) Notopfer Berlin, Teesteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Schaumweinsteuer, Essigsäuresteuer, Zündwarensteuer, Zündwarenmonopol, Leuchtmittelsteuer, Spielkartensteuer, Süßstoffsteuer. — 6) Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Versicherungssteuer, Rennwett- u. Lotteriesteuer, Wechselsteuer, Feuerschutzsteuer. — 7) Vergnügungsteuer, Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, Getränkesteuer. — 8) Vermögensabgabe, Hypothekengewinnabgabe, Kreditgewinnabgabe, Kohlenabgabe.

daß diese Zuwachsrate im Verlauf des Jahres noch weiter zurückgehen wird.

Insbesondere ist anzunehmen, daß die sehr starke Entwicklung der Einkommensteuern, die im Vorjahr — zusammengefaßt — noch um mehr als ein Fünftel angestiegen sind, im bisherigen Ausmaß nicht weiter anhalten wird. Zwar wird bei einer mutmaßlichen Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme um etwa 8 vH die in ihrer Wirkung stark progressive Lohnsteuer nochmals beträchtlich — wenn auch ebenfalls abgeschwächt — steigen. Dagegen werden die Veranlagungen für 1961 eine im Vergleich zum Vorjahr wesentlich ungünstigere Gewinnsituation vorfinden. Dies hat sich bereits in dem schwachen Aufkommen der Körperschaftsteuer — die ihr unterliegenden Unternehmen werden in der Regel schneller veranlagt — erheblich ausgewirkt und wird sich in den nächsten Monaten auch in den Eingängen der veranlagten Einkommensteuer niederschlagen. Nachdem in den beiden vorangegangenen Jahren die Einkommensteuern insgesamt jeweils mehr als 5 Mrd. DM zusätzliche Einnahmen erbracht haben, dürfte auch die Zunahme

in diesem Jahr in Höhe von fast 4 Mrd. DM — das sind 13 vH mehr — nochmals den Anteil der Einkommensteuer an den öffentlichen Kasseingängen steigen lassen.

Von den großen Steuern wird die Vermögensteuer, deren Mehrerträge von den Auswirkungen der letzten Hauptveranlagung bestimmt werden, dem absoluten Betrag nach ihre Zunahme fast unvermindert auch 1962 aufrechterhalten. Bei fast allen anderen Steuern wird die absolute Zunahme unter der des Vorjahres liegen. Dies trifft ganz besonders für die Umsatzsteuer zu, die als größte Einzelsteuer auch am schnellsten auf die jeweilige konjunkturelle Lage reagiert. Ihre Steigerungsrate war im ersten Quartal 1962 mit 5 vH besonders gering, obwohl die kaum über das Vorjahrsergebnis gestiegenen Umsätze des Monats März in Industrie und Einzelhandel erst im April steuerwirksam werden. Auch die Erträge der Gewerbesteuer werden in diesem Jahr nur noch schwach zunehmen, da sich hier außerdem noch die Erhöhung der Grundfreibeträge und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Zulässigkeit von Arbeitsverträgen zwischen Ehe-

gatten für die weitere Aufkommensentwicklung hemmend auswirken dürfte.

Faßt man alle Einflüsse auf die Entwicklung der einzelnen Steuern zusammen, so wird das Steueraufkommen in der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlins) bei einem Zuwachs von 9,5 vH — das sind 7,4 Mrd. DM — einen Gesamtbetrag von fast 86 Mrd. DM erreichen. Damit werden sowohl die Zuwachsrate als auch das absolute Mehraufkommen des Vorjahres (+ 14,7 vH; + 10,1 Mrd. DM) erheblich geringer werden. Die immer noch überdurchschnittliche Zunahme der Einkommensteuer und der Vermögensteuer, deren Erträge überwiegend den Ländern zufließen, wird den Länderanteil am gesamten Steueraufkommen nochmals erhöhen. Mit Mehreinnahmen in Höhe von 3,2 Mrd. DM (+ 13 vH) werden die Länder — gemessen an den absoluten Beträgen — nur noch wenig hinter den Mehrerträgen des Bundes in Höhe von 3,6 Mrd. DM (+ 8,8 vH) zurückbleiben. Bei der hohen Bedeutung der — nur noch schwach steigenden — Gewerbesteuer für die kommunalen Körperschaften werden schließlich die Gemeinden bei einer Zunahme von nur 5,5 vH lediglich mit Mehreinnahmen von knapp 0,6 Mrd. DM rechnen können.

Bundshaushalt 1961 und 1962

Die gesamten Haushaltsausgaben des Bundes beliefen sich im vergangenen Jahr auf 46,8 Mrd. DM und haben damit die vorgegebenen Sollansätze — läßt man dabei die Entwicklungsanleihe und den Erlös aus der Privatisierung des Volkswagenwerkes außer acht — nur geringfügig überschritten. Wie bereits im Vorjahr an dieser Stelle vorausgeschätzt, brauchte der veranschlagte Anleihebedarf nicht in Anspruch genommen zu werden. Stellt man die Berechnung lediglich auf die kassenmäßigen Zahlungen ab, so hat das Jahr 1961 sogar mit einem leichten Überschuß in Höhe von 0,3 Mrd. DM abgeschlossen.

Allerdings haben sich bei den einzelnen Posten des Bundeshaushalts nicht unerhebliche Abweichungen ergeben. So haben die Verteidigungsausgaben das Haushaltssoll um fast 1 Mrd. DM überschritten, wobei die Mehraufwendungen jedoch fast ausschließlich aus Rückeinnahmen anderweitig nicht verbrauchter Mittel sowie aus einem Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1962 gedeckt worden sind. Dagegen blieben die Ausgaben für die soziale Sicherung um rund eine halbe Milliarde DM hinter dem Voranschlag zurück, was neben weiteren Einsparungen bei der Arbeitslosenhilfe vor allem auf das langsame Anlaufen des Kindergeldkassen-Gesetzes zurückzuführen gewesen ist. Auch die Ansätze für die sonstigen Bundesausgaben sind 1961 nicht erreicht worden und lagen insgesamt um 200 Mill. DM — per Saldo — unter dem Soll, obwohl in einzelnen Fällen auch erhebliche außerplanmäßige Zahlungen über die Haushaltsansätze hinaus vorgenommen worden sind.

Auf der Einnahmenseite trugen die günstige Steuerentwicklung — gegenüber dem Soll 0,5 Mrd. DM mehr — wie auch höhere Verwaltungseinnahmen, darunter die genannte Rückbuchung zugunsten des Verteidigungshaushaltes, dazu bei, daß Anleihebewilligungen nicht in Anspruch genommen zu werden brauchten. Es wurden sogar außerplanmäßig Schulden getilgt.

Wie es die starke Erhöhung der Bundeshaushaltsansätze (+ 15 vH gegenüber 1961) für 1962 ausweist, ist die Entwicklung der Bundesausgaben vor allem durch weiterhin überdurchschnittlich steigende Rüstungsaufwendungen — um mehr als ein Fünftel — bestimmt. Vergleicht man die Ergebnisse für 1961 mit dem Soll für 1962, so sind die Ansätze für die sozialen Leistungen (+ 5 vH) aber auch für die sonstigen Ausgaben (+ 15 vH) vergleichsweise erheblich weniger erhöht worden.

Soweit es sich heute überblicken läßt, werden

Einnahmen und Ausgaben des Bundeshaushalts¹⁾
in Mrd. DM

Einnahmen	Soll	Ist	Ausgaben	Soll	Ist
a) 1961					
Steuern und Abgaben	43,0	²⁾ 43,7	Verteidigung	12,4	13,3
Verwaltungseinnahmen u. dergl.	2,1	2,9	Soziale Sicherung ³⁾	16,4	15,9
Saldo ⁴⁾	1,5	0,2	Sonstige Ausgaben ⁵⁾	17,8	17,6
Summe	46,6	46,8	Summe	46,6	46,8
			dar.: inlandswirksame Kassenausgaben ⁶⁾		41,1
b) 1962 (Istzahlen: DIW-Schätzung)					
Steuern und Abgaben	47,9	²⁾ 47,4	Verteidigung	16,4	16,0
Verwaltungseinnahmen u. dergl.	2,6	3,0	Soziale Sicherung ³⁾	16,7	16,5
Beitrag der Länder	1,1	1,1	Sonstige Ausgaben ⁵⁾	20,3	20,5
Saldo ⁴⁾	1,8	1,5	Summe	53,4	53,0
Summe	53,4	53,0	dar.: inlandswirksame Kassenausgaben		47,5

¹⁾ Gesamteinnahmen und -ausgaben; einschl. durchlaufender Mittel des Lastenausgleichsfonds, jedoch ohne Entwicklungsanleihe und VW-Privatisierungserlös. — ²⁾ Im Gegensatz zu den Soll-Ansätzen einschl. 0,2 Mrd. DM Bucheinahmen an Zöllen und Umsatzsteuer auf eingeführte Rüstungsgüter; in der Steuerübersicht nicht enthalten. — ³⁾ Einschl. Abführungen an den Lastenausgleichsfonds. — ⁴⁾ Insbesondere Schuldentilgungen. — ⁵⁾ Einschl. Schuldentilgung. — ⁶⁾ „Ausgaben an inländische Empfänger“ der vierteljährlichen Bundesbank-Übersichten „zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts“.

die nichtmilitärischen Bundesausgaben im laufenden Rechnungsjahr — wenn sich auch Abweichungen in den einzelnen Posten ergeben — den Sollansatz insgesamt etwa erreichen, wobei die zusätzlichen Hilfsmaßnahmen für Berlin bereits mit einbezogen sind. Unter Berücksichtigung des Vorriffs auf den diesjährigen Verteidigungshaushalt — eine Vorwegnahme im gleichen Ausmaß ist wegen der angespannteren Haushaltslage weniger wahrscheinlich — ist eher damit zu rechnen, daß die Verteidigungsausgaben trotz immer noch starker Zunahme die Haushaltsansätze in diesem Jahr nicht ganz ausschöpfen werden. Insgesamt ist daher zu veranschlagen, daß die effektiven Bundesausgaben um rund eine halbe Milliarde DM hinter dem Soll zurückbleiben. Höher als die gesamten Istaussgaben des Bundes (+ 13 vH) ist jedoch 1962 die Zunahme der inlandswirksamen Kassenausgaben (+ 16 vH) zu schätzen. Diese Größe gibt die effektiven Zahlungen und damit zumindest den monetären konjunkturellen Einfluß des Fiskus besser als die „Ist-Ausgaben“ wieder; die effektiven Zahlungen werden vermutlich um 6,4 Mrd. DM ansteigen. Die Zahlungen an das Ausland werden sich — nur wenig höher als im Vorjahr — auf ungefähr 4,5 Mrd. DM belaufen.

Angesichts der zu erwartenden schwächeren Steuereingänge werden auf der Einnahmenseite die Ansätze für die dem Bund zufließenden Steuern schätzungsweise um rund eine dreiviertel Milliarde DM unterschritten werden; andererseits

kann aber mit höheren Beträgen (+ 0,4 Mrd. DM) aus den Verwaltungseinnahmen gerechnet werden. Die Anleihebewilligungen von 1,8 Mrd. DM zur haushalts- und zur kassenmäßigen Deckung der effektiven Ausgaben werden daher voraussichtlich vollauf ausreichen.

Überhaupt sollte in einer Situation, in der die laufenden Bundeseinnahmen spärlicher als erwartet eingehen, weder mit einer Drosselung der Ausgaben noch mit einem Anziehen der Steuer-schraube reagiert werden. Die Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1963 wird verlangen, daß die Ausgabenpolitik des Bundes ihren bisherigen expansiven Kurs beibehält. Da für das nächste Jahr zudem gewisse Ermäßigungen im Tarifsysteem der Einkommensteuern im Gespräch sind — die auf Grund der starken Steigerung der Steuerbelastung in diesem Bereich auch notwendig wären —, wird sehr wahrscheinlich eine weitere starke Zunahme der Bundesausgaben die „Lücke“ zwischen den Gesamtausgaben und den ordentlichen Einnahmen für das nächste Jahr erheblich vergrößern. Dies wird einen erneuten Rückgriff auf die den Ländern zustehenden Steuereinnahmen in einer der bereits erwähnten flexiblen Formen und evtl. auch weitere Schuldenaufnahme des Bundes erfordern. Zwar weicht die Deckung der vermögenswirksamen Ausgaben durch Anleihen nach einer Reihe von Überschußhaushalten vom Gewohnten etwas ab, doch ist sie weder volkswirtschaftlich noch fiskalisch als bedenklich anzusehen.

Zur deutschen Entwicklungshilfe

Die Bundesregierung hat für das DAC (Development Assistance Committee) die im Jahre 1961 von der Bundesrepublik den Entwicklungsländern gewährten Kapitalhilfen zusammengestellt. Nach dieser Übersicht wurden im Jahre 1961 rund 3250 Mill. DM gezahlt; gegenüber 1960 ist dies eine Steigerung um etwa 680 Mill. DM. Der Betrag von 1961 erreicht damit fast die Leistungen des Jahres 1959.

Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich vor allem die multilateralen Leistungen des öffentlichen Sektors, d. h. die Zahlungen an die internationalen Institutionen, erhöht, die 1 Mrd. DM überstiegen haben. In diesem Betrag sind die Mittel enthalten, die die Bundesbank der Weltbank auf Grund der Abmachungen vom Sommer 1960 zur Verfügung gestellt hat. Diese Mittel mußten bis Ende 1961 abgerufen werden, wenn die Zusage der Deutschen Bundesbank nicht verfallen sollte. Da die Weltbank in der jüngsten Zeit mehr Mittel in ihren Mitgliedsländern aufgenommen hat, als sie an Entwicklungsländer weiterleitete, steht ein großer Teil dieser Gelder

für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten bereit, ist den Entwicklungsländern aber noch nicht zugeflossen.

Die Summe der bilateral von der öffentlichen Hand und privaten Geldgebern den Entwicklungsländern gewährten Mittel entspricht annähernd den im Vorjahr erbrachten Leistungen. Sie bleibt allerdings hinter den Zahlungen des Jahres 1959 um $\frac{1}{2}$ Mrd. DM zurück. Dabei haben sich insofern Verschiebungen ergeben, als der Anteil der öffentlichen Leistungen gestiegen, der Anteil der privaten Leistungen einschließlich garantierter privater Exportkredite zurückgegangen ist. Mag bei dieser Verlagerung auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß die erhöhte Bereitschaft der Bundesregierung, Kapitalhilfe zu leisten, den Zwang für die Wirtschaft vermindert hat, private Quellen für die Finanzierung von Projekten in den Entwicklungsländern zu erschließen, so darf diese Tendenz nicht überschätzt werden. Die Summe der neuen öffentlichen Kredite erhöhte sich von 608 Mill. DM auf 680 Mill. DM; gleichzeitig stiegen die unentgeltlichen Leistungen

**Finanzielle Leistungen (netto) der Bundesrepublik
an Entwicklungsländer in den Jahren 1959 bis 1961
in Mill. DM**

	1959	1960	1961
Gesamtsumme der Nettoleistungen . . .	3 354,9	2 569,2	3 247,9
darunter:			
Garantierte priv. Exportkredite . . .	1 050,0	669,6	274,6
Leistungen ohne Exportkredite . . .	2 304,9	1 899,6	2 973,3
davon:			
Private Leistungen	560,1	472,0	594,0
Beteiligungen an internationalen Organisationen ¹⁾	²⁾ 249,1	9,9	—
Kredite und Investitionen (einschl. Konsolidierungskredite)	185,0	294,1	434,0
Reinvestierte Erträge (geschätzt)	126,0	168,0	160,0
Öffentliche Leistungen	1 744,8	1 427,6	2 379,3
Zuschüsse	33,0	32,3	109,3
Wiedergutmachungen (Israel- Abkommen)	242,0	259,0	255,1
Beiträge und Beteiligungen an intern. Institutionen (UN-Son- derfonds, EWG-Entwicklungs- fonds: IBRD, IFC, IDA)	474,6	412,6	1 141,4
Neue Kredite (netto)	157,7	607,8	³⁾ 680,5
Konsolidierungskredite (netto) . .	837,5	115,9	193,0
Herkunft der Mittel für öffentl. Leistungen			
Bundeshaushalt	1 162,6	729,6	⁴⁾ 1 070
ERP-Vermögen	4,0	175,3	⁴⁾ 190
Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau	223,3	⁴⁾ 425,9	⁴⁾ 240
Mittel der Deutschen Bundesbank .	355,0	96,8	⁴⁾ 880

¹⁾ Käufe von Schuldverschreibungen der Weltbank, Unterbeteiligung deutscher Geschäftsbanken an Krediten der Weltbank. — ²⁾ Enthält die 5%-DM-Anleihe der Weltbank von 1959 in Höhe von 200 Mill. DM. — ³⁾ Incl. sonstiger öffentl. Kredite mit Ausnahme von Konsolidierungskrediten. — ⁴⁾ Geschätzt.

Quellen: Übersicht des Bundesfinanzministeriums über die finanziellen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer in den Jahren 1957 bis 1960 und im ersten Halbjahr 1961 vom 3. 10. 1961. Übersicht des Bundeswirtschaftsministeriums über die „gesamten Leistungen der BRD an Entwicklungsländer in der Zeit von 1950 bis 31. 12. 1960 (tatsächlich erbrachte Leistungen) und in der Zeit vom 1. 1. 1961 bis 31. 12. 1961“ vom 21. 3. 1962 und Finanzbericht 1962.

(grants) und die Konsolidierungskredite um jeweils annähernd 70 Mill. DM. Von diesen drei Positionen spielen allenfalls die neuen öffentlichen Kredite für die Verlagerung der Finanzierung vom privaten auf den öffentlichen Sektor eine Rolle.

Von den privaten Leistungen zeigen die Kredite (ohne garantierte Exportkredite) und Direktinvestitionen eine nicht unbeachtliche Zunahme. Rückläufig dagegen, und zwar mit einer stark ausgeprägten, auf das zweite Halbjahr sich konzentrierenden Tendenz waren die garantierten privaten Exportkredite. Sie erreichten mit rund 275 Mill. DM weniger als die Hälfte der im vergangenen Jahr und nur ein reichliches Viertel der 1959 eingeräumten Kredite¹⁾.

Erstmals werden die Exportkredite getrennt nach Laufzeiten von ein bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren ausgewiesen. Diese Unter-

¹⁾ Der starke Rückgang der garantierten privaten Exportkredite im zweiten Halbjahr 1961 könnte unter Umständen auf einen zu hoch ausgewiesenen Status zum 30. Juni 1961 zurückzuführen sein.

teilung erlaubt eine höchst willkommene zusätzliche Information über die Fristigkeit der Exportkredite. Nach den vorliegenden Angaben entfielen von den garantierten privaten Exportkrediten im Gesamtwert von 275 Mill. DM im Jahre 1961 230 Mill. DM auf Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Der verhältnismäßig geringe Anteil der kurz- und mittelfristigen Kredite an den insgesamt kreditierten Lieferungen ist geeignet, die Bedenken abzuschwächen, die an dieser Stelle²⁾ vor einiger Zeit gegen die Einbeziehung der Exportkredite in die Entwicklungshilfe geäußert worden waren, kommt doch die Einräumung von langfristigen Zahlungszielen einer Unterstützung der Empfängerländer gleich.

Von den ursprünglich für Entwicklungshilfe in den Jahren 1961/62 vorgesehenen Beträgen von insgesamt 5 Mrd. DM waren bis Ende 1961 3,2 Mrd. DM bereitgestellt und etwas über 1 Mrd. DM ausgezahlt worden. Demgegenüber hat die Bundesregierung im Laufe des Jahres 1961 verbindliche Zusagen über spätere Kreditgewährungen im Betrage von knapp 6 Mrd. DM gegeben. Für die Deckung der aus diesen Kreditzusagen resultierenden Zahlungsverpflichtungen steht der Bundesregierung zunächst der aus den einmaligen Einnahmen für Zwecke der Entwicklungshilfe (Industrieanleihe, Länderdarlehen, Darlehen der VW-Stiftung) gebildete Mittelüberhang zur Verfügung sowie der in den Bundeshaushalt 1962 für Entwicklungshilfe eingestellte Betrag von etwa 1 Mrd. DM.

Da jedoch künftig mit einem beschleunigten Mittelabfluß zu rechnen ist, rückt das Problem der Aufbringung der für Entwicklungsländer vorgesehenen Gelder wieder in den Vordergrund. Die Bundesregierung hat sich, nachdem die anfänglich vorgesehenen 5 Mrd. DM global verplant waren, bisher mit der Erteilung von Bindungsermächtigungen geholfen; diese erlauben den verantwortlichen deutschen Stellen Kredite zuzusagen, ohne daß schon eine Entscheidung über die Art der Finanzierung der bewilligten Mittel getroffen ist. Es hat den Anschein, als ob die Bundesregierung beabsichtigt, bei der künftigen Finanzierung der Entwicklungshilfe über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in verstärktem Maße auf Kapitalmarktmittel zurückzugreifen. So begrüßenswert ein solches Bestreben unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen Einsparung öffentlicher Mittel auch sein mag, es fragt sich, wie weit der vermehrte Einsatz privater Mittel dem Anliegen der Entwicklungshilfe gerecht werden kann.

So gehört es zu den Grundsätzen der deutschen Bundesregierung, den Entwicklungsländern finanzielle Hilfe vorzugsweise in Form von Krediten — nicht als verlorene Zuschüsse — zu geben. Die deutsche Entwicklungshilfe ist ferner im allgemeinen projektgebunden, jedoch nicht liefergebunden, d. h. daß die Gelder auch außerhalb der

²⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 45/1961.

Bundesrepublik, aber nur für das gutgeheißene Entwicklungsvorhaben verausgabt werden können. Die Bundesregierung stellt außerdem für Projekte, die zu finanzieren sie sich bereit erklärt hat, jeweils nur die zur Bezahlung der Einfuhr benötigten Mittel (Devisenanteil) zur Verfügung. Je nach dem Charakter der Entwicklungsvorhaben, d. h. je nachdem, ob es sich um gewinnbringende Projekte oder um Projekte handelt, die dem Ausbau der Infrastruktur dienen, schwanken Zinssätze und Laufzeiten der gewährten Kredite. Dabei kann gegenwärtig mit Zinssätzen bis zu 6% und Laufzeiten von maximal 20 Jahren mit 5 bis 7 tilgungsfreien Jahren gerechnet werden.

Diese Richtlinien der deutschen Entwicklungshilfe werfen für die Entwicklungsländer schwerwiegende zahlungsbilanzpolitische Probleme auf. Die Entwicklungsländer sind an der Bereitstellung von Mitteln zu günstigen Bedingungen interessiert, d. h. an geringer, nur „symbolischer“ Verzinsung und an langen Amortisationszeiträumen, sofern die Hilfe nicht in Form von verlorenen Zuschüssen gewährt wird. Dieses Anliegen ist nicht so unberechtigt, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Bei Gewährung von Kapitalhilfe zu kommerziellen oder ähnlichen Bedingungen tritt eine Belastung der Entwicklungsländer nicht nur im Zusammenhang mit der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben auf, bei denen sich der Kapitaldienst ex definitione nicht aus dem Projekt erwirtschaften läßt, sondern aus dem Haushalt der Empfängerländer aufgebracht werden muß; vielmehr stößt die Bereitstellung von Devisen für die Bedienung der deutschen Kapitalhilfe auch dann auf Schwierigkeiten, wenn gewinnbringende Projekte finanziert werden. Mit anderen Worten: der Kapitaldienst stellt für die Entwicklungsländer weniger ein Problem der Mittelaufbringung als ein Transferproblem dar. Auch wenn aus der Investition Einnahmen erzielt werden, die eine Verzinsung von 6% und die einer Laufzeit von etwa 20 Jahren entsprechenden Amortisationszahlungen erlauben, ist keineswegs gesagt, daß zugleich auch die für eine ordnungsgemäße Bedienung der Auslandsschulden nötigen Devisen anfallen. Zwar werden mit der Aufnahme der Produktion in Betrieben, die mit Entwicklungshilfe finanziert worden sind, bisherige Importe überflüssig oder zusätzliche Exporte möglich. Wenn mit der Kapitalhilfe aber ein beschleunigter Ausbau der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern herbeigeführt werden soll, so ist diese Expansion zwangsläufig mit einer Steigerung der Binnennachfrage — sei es nach zusätzlichen Investitionsgütern, sei es nach Konsumgütern

— verknüpft; man wird daher nicht fordern können, daß in den ersten 20 Jahren auch die für den Schuldendienst erforderlichen Devisen verdient werden, zumal die Abnahmebereitschaft der Industrienationen für viele Waren aus den Entwicklungsländern nicht sehr groß ist.

Transferschwierigkeiten für die Entwicklungsländer werden sich langfristig nur dann vermeiden lassen, wenn der größere Teil der ihnen insgesamt zufließenden Kapitalhilfe in Form von Zuschüssen oder „soft loans“³⁾ gewährt wird. — Die hohe und zudem progressive Belastung der Zahlungsbilanzen mit Zinszahlungen und Amortisationsleistungen läßt sich an Zahlenbeispielen leicht nachweisen. So hat z. B. die Türkei in den Jahren 1958 bis 1960 jeweils fast die Hälfte der ihr neu gewährten Kredite allein für den Schuldendienst einsetzen müssen. In Indien beliefen sich die in den letzten Jahren für Zinszahlungen aufgewandten Beträge auf rund 10 vH der jährlichen Nettokapitalzuflüsse. Bei einigen südamerikanischen Staaten machten die Zinszahlungen in der Vergangenheit mehr als 50 vH der Nettokapitalzuflüsse aus.

Wenn die Bundesrepublik von dem Grundsatz der Kredithilfe nicht zugunsten unentgeltlicher Leistungen abgehen will, ließe sich eine Belastung der Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer auch verhindern, wenn auf die Transferierung der Zinsen und ursprünglichen Kapitalsummen solange verzichtet wird, bis die Länder schließlich zur Rückzahlung in der Lage sind. In diesem Fall müßten sich die Kapitalhilfe empfangenden Länder zur Bildung von Gegenwertfonds verpflichten, die unter jeweils im einzelnen auszuhandelnden Bedingungen in der Binnenwirtschaft für weitere Entwicklungsprojekte eingesetzt werden könnten.

Eine solche Handhabung der Kapitalhilfe würde eine Änderung der bisher von der Bundesregierung verfolgten Politik voraussetzen; sie erscheint aber unerläßlich. Andere Länder, wie etwa Kanada, gewähren in richtiger Erkenntnis dieser Zusammenhänge den größten Teil ihrer Kapitalhilfe in Form von Zuschüssen, wobei sie sich bei der Verwertung der Gegenwertmittel ein Mitspracherecht vorbehalten haben. In letzter Konsequenz würde dies natürlich bedeuten, daß die Bundesregierung nicht in dem Maße, wie gegenwärtig beabsichtigt, Kapitalmarktmittel in die Entwicklungshilfe schleusen kann, sondern gezwungen würde, verstärkt ordentliche Haushaltsmittel für diesen Zweck einzusetzen.

³⁾ Kredite mit sehr langen z. B. 99-jährigen Laufzeiten und sehr geringer Verzinsung oder z. B. 20 tilgungsfreien Jahren.

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			9.-15. April 1961	16.-22. April 1961	23.-29. April 1961	30. April bis 6. Mai 1961	7.-13. Mai 1961	11.-17. März 1962	18.-24. März 1962	25.-31. März 1962	1.-7. April 1962	8.-14. April 1962	15.-21. April 1962	22.-28. April 1962	29. April bis 5. Mai 1962	6.-12. Mai 1962	
			15.	16.	17.	18.	19.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		103,8	104,1	104,5	104,9	105,4	114,9	115,1	114,6	113,7	113,6	114,4	114,1	114,6		
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		160,9	161,9	162,6	167,5	170,1	189,9	188,9	189,3	190,4	188,1	184,9	182,3	178,7	173,3	
Steinkohlenföderung. in der BRD ¹⁾	1000 t	WS	28,62	29,12	28,34	26,67	26,71	27,83	27,66	26,06	27,54	31,47	22,10	25,50	25,19		
" " Großbritannien	"	"	40,72	40,31	40,57	"	"	"	"	"	"	42,62	32,08	28,69	"		
Kohlenförderung in USA	"	"	5960	6350	6713	6731	6641	7498	7434	7454	6432	7462	7829	8142	7552		
Robstahlerzeugung in der BRD ¹⁾	"	"	491	494	494	419	474	450	452	455	462	474	406	401	386		
" " USA	"	"	1539	1586	1618	1686	1763	2147	2165	2172	2193	2142	2036	1940	1775	1851	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen	"	138	150	140	151	130	160	165	143	169	168	174	179	173	183	
Stromverbrauch in West-Berlin ²⁾	Mill. kWh	"	46,8	46,4	42,4	42,6	44,3	56,2	54,6	54,2	52,5	52,2	51,5	44,7	47,8	49,0	
Güterverkehr																	
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn ³⁾	1000 Wagen	WS	394,6	398,6	398,5	384,2	337,6	374,2	380,7	389,0	392,2	399,8	323,2	337,7	329,0		
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlaut in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	20748		19532	22609	21463	22779	21819	24759	25722		23411	22670	24811	23633	
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	2287	2271	2265	2275	2282	2307	2297	2202	2311	2320	2337	2348	2337	2323	
" " Bank von Frankreich	Mrd. NF	Do	38,9	38,3	39,4	39,5	39,4	42,7	42,3	43,4	44,5	44,2	43,6	44,0			
" " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	4731	4693	4746	4950	4820	4971	4919	5001	5177	5066	5055	5204	5008		
" " Belgischen Nationalbank	bfrs.	Do	122363	120930	120315	123607	123244	126175	125200	124833	128204	128023	126883	126665	128698		
" " Schweizer	sfrs.	BSt	6344		6617	6481	6481	6997	7162	7338	7199		7137	7208	7381	7207	
" " Schwedischen	skr.	BSt	5903		5967	6504	6018	6116	6035	6290	6033		6152	6383	6459		
Zahlungsmittelumlaut in USA	\$	Mi	32007	31980	31807	31843	31983	33066	33048	32951	33050	33274	33356	33244	33132	33267	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Deutsche Bundesbank</i>																	
Gold	Mill. DM	BSt	12843		12935	13022	13101	14429	14437	14437	14437		14437	14438	14438	14438	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft	"	"	19605		19708	16880	16903	12006	12179	12257	12290		12012	11953	12035	12365	
Inlandswchsel	"	"	1027		673	604	913	801	1522	1628	1610		1333	1003	1149	1185	
Kassenkredite	"	"	5		7	10	1	0	4	0	0		0	0	3	121	
Ausgleichsfordernngen und unverzinsliche Schuldverschreibungen	"	"	2708		2602	2816	2746	3884	4363	4430	4477		4022	4004	4242	4188	
Einlagen insgesamt	"	"	18447		19697	16563	17964	15584	18294	15083	16152		15500	16370	14211	15429	
darunter: von Kreditinstituten ⁴⁾	"	"	11854		11711	10624	11767	8420	8877	8757	9952		9317	8071	8670	10033	
von öffentlichen Einlegern	"	"	6377		7784	6916	5980	6938	9196	6094	5977		5662	5074	5299	5154	
<i>Haltmonatliche Bankenstatistik⁵⁾</i>																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	28286			26338		30709		30640			30539				
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private	"	"	24665			25007		27670		28031			27742				
an öff.-rechtl. Körperschaften	"	"	3421			3331		3039		2609			2797				
Einlagen von Nichtbanken	"	"	61230			61062		68075		67925			69083				
darunter Spareinlagen	"	"	28573			28668		32414		32566			32685				
<i>Bank von England</i>																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	2323,3	2323,2	2323,2	2323,3	2323,2	2374,0	2374,0	2374,0	2364,0	2374,0	2374,0	2374,0	2374,0	2373,9	
Forderungen der Bankabteilung	"	"	468,4	436,1	428,7	449,1	472,0	523,4	520,6	516,1	527,6	534,3	577,2	568,4	533,4	511,9	
Einlagen	"	"	489,9	473,9	471,6	482,2	497,9	574,2	580,9	572,2	574,4	572,6	598,6	579,1	555,0	547,7	
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																	
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	49271	49451	48780	49312	49410	51129	52132	50544	51264	51376	51982	51569	51997		
darunter: Goldzertifikate	"	"	16056	16055	16059	16054	16054	15291	15291	15196	15196	15191	15107	15067	15057		
Regierungspapiere	"	"	26809	26426	26228	26781	26916	28477	28866	28779	29340	29196	28884	28962	29355		
Einlagen insgesamt	"	"	17345	17282	16941	17420	17497	17595	18309	17749	18141	17989	17199	18079	18221		
darunter: Regierungseinlagen	"	"	402	366	501	452	446	490	365	462	297	564	508	551	667		
<i>Zinssätze</i>																	
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	3-4/4	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-4 1/8	3 3/8-5	3 3/8-4 7/8	3 3/8-4 7/8	3 3/8-4 7/8	3 3/8-4 7/8	3 3/8-4 7/8	27/8-3 7/8	27/8-3 7/8	27/8-3 7/8	
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	5 3/8-6	6 1/4-7	6 1/4-7	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	
<i>Effektenmärkte</i>																	
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin																	
4 1/2%ige RM-Wertpapiere, auf DM ⁶⁾	vH	BSt	100,92		101,09	101,19	101,42	102,32	102,35	102,33	102,33		102,40	102,38	102,39	102,42	
5 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁶⁾	"	"	113,45		113,73	115,74	113,83	114,10	114,28	114,43	114,50		114,58	114,71	114,85	114,88	
5 1/2%ige DM-Komm.-Obligationen ⁶⁾	"	"	112,88		113,31	113,36	113,61	113,69	113,94	113,94	113,97		113,99	114,05	114,13	114,13	
6 1/2%ige DM-Pfandbriefe ⁷⁾	"	"	100,98		101,30	101,26	101,55	101,26	101,49	101,78	101,85		101,81	101,80	101,81	101,78	
8 1/2%ige DM-Industrieobligationen	"	"	103,29		103,69	103,60	103,60	104,00	103,88	103,75	103,81		103,50	103,63	103,56	103,56	
Aktienindex, BRD ⁸⁾	31. Dez. 58 = 100	Fr						214,3	207,3	208,9	203,4	203,9	203,9	202,2	200,0	192,4	
Aktienindex, Großbritannien ⁹⁾	1.7.1935 = 100	"	348,8	366,7	362,8	359,1	365,3	298,8	294,4	291,8	300,6	298,5	299,1	307,5	306,1	297,7	
Aktienindex, USA ¹⁰⁾	\$ je Stück	"	693,7	685,8	678,7	690,7	687,9	722,8	716,5	707,0	699,6	687,9	694,3	672,2	671,2	640,6	
Wechselkurse																	
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	108,93		109,05	109,05	108,98	108,50	108,50	108,80	108,73		108,65	108,58	108,50	108,50	
" " Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	25,19	25,19	25,19	25,19	25,19	24,90	24,90	24,90	24,90	24,90	24,90	24,90	24,90	24,90	
" " Paris	NF je 100 DM	"	123,42	123,43	123,43	123,42	123,43	122,60	122,70	122,76	122,58	122,54	122,55	122,46	122,52	122,51	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	"	4,47	4,47	4,47	4,44	4,49	3,11	3,01	2,91	2,82	2,82	2,82	2,82	2,82	3,40	
Weltrohstoffpreise																	
<i>Indizes</i>																	
Moody's Index	31.12.31 = 100	Fr	366,1	367,5	365,7	367,9	365,7	368,7	367,8	369,3	368,8	367,4	367,8	366,4	364,3	364,8	
Reuter's Index	18.9.31 = 100	"	419,3	424,1	424,7	425,9	424,3	412,2	413,8	416,5	415,8	413,7	413,3	411,7	409,8	409,8	
DIW-Index ¹¹⁾	1938 = 100	Mi	283,3	287,0	286,6	286,3	289,1	278,0	278,2	278,7	278,8	277,8	278,0	278,1	278,5	279,3	
dar. Nahrungsmittel- und Genussmittel	"	"	257,5	261,1	261,2	257,2	257,2	255,0	256,4	257,4	260,1	257,4	258,5	257,9	258,0	259,8	
Textilrohstoffe	"	"	349,3	356,1	354,5	355,4	364,7	337,5	337,0	336,9	337,7	337,9	337,3	338,5	339,7	340,3	
Metalle	"	"	263,2	262,5	262,2	263,5	266,8	262,5	262,1	262,3	261,0	261,0	261,3	261,3	259,1	257,4	
<i>Preise</i>																	
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	250,25	251,13	250,75	247,88	245,13	261,13	261,00	260,75	265,25	263,38	264,25	264,13	266,25	268,50	
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	37,25	36,75	36,75	36,75	36,75	34,00	34,25	34,25	34,25	34,00	34,00	34,00	34,00	34,25	
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	75,00	75,00	76,00	76,00	77,00	71,00	71,00	70,00	71,00	71,00	71,00	71,00	71,00	71,00	
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	35,50	35,70	35,80	35,90	34,00	35,65	35,65	35,65	35,65	35,70	35,70	35			